

**Martin H. W. Möllers**

## **Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft**

**Debatten im Kontext historischer Ereignisse seit 9/11**

**Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 9**

**ISBN 978-3-86676-178-0**

**Verlag für Polizei**

---

**wissenschaft**

**Prof. Dr. Clemens Lorei**

# Inhalt

Vorwort	13
Ereignis: Ende 2001 wurden die ersten PISA-Ergebnisse bekannt	17
<b>PISA und Polizei – Zur Lesekompetenz im Fachhochschulstudium als Schlüsselqualifikation für den Polizeiberuf</b>	<b>17</b>
1 Das ‚Programme for International Student Assessment‘	17
1.1 Auftraggeber und Ziele von PISA	17
1.2 Methodische Grundlagen der PISA-Studie	19
2 Die Lesekompetenz als Grundlage des Polizeiberufs, insbesondere auf Führungsebene	20
2.1 Die Definition der Lesekompetenz	20
2.2 Die Bedeutung des Lesens für das Studium an einer Polizeifachhochschule	22
3 Förderung und Entwicklung der Lesekompetenz als didaktisches Konzept für das Fachhochschulstudium	27
3.1 Das Konzept der ‚Schülerorientierten Didaktik‘ als Basis der Didaktik an Polizeifachhochschulen	28
3.2 Förderung der Leselust als didaktisches Konzept	30
4 Die politischen Rahmenbedingungen der Fachhochschulen für Polizei in Bezug auf die Zulassung einer Stärkung der Lesekompetenz	33
5 Zusammenfassung	36

Ereignis:

Im Oktober 2002 wurde einem Kindesentführer Schmerzzufügung angedroht	39
---	----

<b>Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lausangriff‘</b>	<b>39</b>
--	-----------

1 Ausgangslage: Internationaler Terrorismus und das ‚Grundrecht auf Sicherheit‘	40
2 Zur Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Kommentierungen des Grundgesetzes	43
2.1 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	44
2.2 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	47
3 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei Grundrechten, bei denen die Menschenwürde eine besondere Bedeutung einnimmt	49
3.1 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	50
3.2 Zum Verhältnis Menschenwürde und ‚Lausangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	53
3.3 Die Entscheidung des BVerfG zum ‚Großen Lausangriff‘	58

Ereignis:

2003 stellte das Bundesverfassungsgericht ein Parteiverbotsverfahren gegen die NPD ein	67
--	----

<b>Keine Freiheit den Feinden der Freiheit – Instrumente wehrhafter Demokratie in der Praxis</b>	<b>67</b>
--	-----------

1 Das Parteiverbotsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 2 GG	70
1.1 Das Verhältnis von Art. 21 Abs. 2 GG zu Art. 9 Abs. 2 GG	70
1.3 Der Ablauf des Parteiverbotsverfahrens	77
1.4 Die unmittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung	80

1.5	Die mittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung und die Vollstreckung des Parteiverbots	81
1.6	Bisherige Parteiverbotsverfahren in Deutschland	83
2	Das Verfahren zu Vereinsverboten gemäß Art. 9 Abs. 2 GG	87
2.1	Die Voraussetzungen eines Vereinsverbotsverfahrens	87
2.2	Der Ablauf des Vereinsverbotsverfahrens	92
2.3	Die unmittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	94
2.4	Die mittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	96
2.5	Bisherige Vereinsverbotsverfahren auf Bundesebene	97
3	Das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG	99
3.1	Die Voraussetzungen des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	100
3.2	Der Ablauf des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	104
3.3	Die Rechtsfolgen eines Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	106
3.4	Bisherige Verfahren zur Grundrechtsverwirkung	109
4	Bewertung der Verfahren von Partei- und Vereinsverboten und zur Grundrechtsverwirkung	111

#### Ereignis:

Ende Juli 2006 wurden in Dortmund und Koblenz in zwei Regionalexpresszügen Kofferbomben entdeckt	115
--	-----

#### **„Antworten auf den internationalen Terrorismus – Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder“ – Tagungsbericht**

1	Kurzeinleitung zum Thema	115
2	Mittwoch, 13. September 2006	117
2.1	Eröffnung und Begrüßung durch den Landtagspräsidenten Joachim Mertes	117

2.2	Einführung in das Thema durch Professor Dr. Gerhard Robbers vom Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier	118
2.3	Vortrag ‚Der internationale Terrorismus und die neuen Herausforderungen an die Sicherheitsstruktur Deutschlands‘ von Rüdiger Freiherr von Fritsch, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes	118
2.4	Referate zum ‚Reformbedarf aus Sicht der Koalitionsparteien (Bundesebene)‘ von Wolfgang Bosbach, MdB (CDU) und Dr. Dieter Wiefelspütz, MdB (SPD)	121
2.5	Diskussion mit den Referenten unter der Moderation von Dr. Thomas Leif vom SWR	125
2.8	Diskussion mit den Vortragenden unter der Moderation von Professor Dr. Gerhard Robbers	130
3	Donnerstag, 14. September 2006	131
3.1	Vortrag ‚Kanada und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus‘ von Paul Dubois, Botschafter von Kanada in Deutschland	131
3.2	Podiumsdiskussion	133
3.3	Vortrag ‚Gemeinsame Schritte zur Bekämpfung des Terrorismus in Europa‘ von Wolf Plesmann, Koordinator Terrorismusbekämpfung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union	135
4	Zusammenfassung	139

Ereignis: 2006 hob das Bundesverfassungsgericht eine Verbotsverfügung der Stadt Lüneburg zu einer rechtsextremistischen Demonstration auf	141
<b>Aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit zwischen ‚Rechtsprechungstradition‘, ‚Zeitgeist‘ und ‚Staatsräson‘</b>	<b>141</b>
1 Die Grundrechts-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	141
2 Die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in der vorkonstitutionellen deutschen Tradition	142
3.1 Die Versammlungsfreiheit als demokratisches Teilhaberecht	146
3.2 Verfassungsrechtliche Anforderungen an Beschränkung, Verbot und Auflösung einer Versammlung	148
3.3 Kritische Würdigung des Brokdorf-Beschlusses	151
4 Die Folgewirkungen des liberalen Brokdorf-Beschlusses auf aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit	152
4.1 Die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung eines Versammlungsverbots	153
4.2 Die Änderung des Versammlungsgesetzes	155
Autorenhinweis	157